

"Für ein soziales und friedliches Europa!"

Europapolitische Eckpunkte der BayernSPD zur Europawahl 2009

Präambel

Auch nach der Ablehnung des Reformvertrags von Lissabon durch Irland bleibt die Aufgabe unverändert, Europa eine neue vertragliche Grundlage zu geben. Zugleich müssen wir uns den Gründen für die weit verbreitete Euroskepsis zuwenden und offensiv für den Europäischen Gedanken eintreten. Denn angesichts der Globalisierung, in der sich viele Menschen durch einen aggressiven weltweiten Kapitalismus in ihren Zukunftschancen bedroht sehen, stößt der Gestaltungsspielraum nationaler Politik an seine Grenzen. Wir wollen gerade jetzt mit neuer Energie für die europäische Idee der Solidarität, der Freiheit und des Friedens werben und das irische Nein nicht zum Anlass einer neuerlichen europäischen Krise werden lassen. Ein Scheitern der europäischen Idee würde vor allem zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen, und so bekennen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns zu einem demokratischen, sozialen, leistungsfähigen sowie ökonomisch und ökologisch starken Europa. Nur wer Europa gestaltet, wird den deutschen Sozialstaat erhalten können. Daher werden wir Europa zu einem Raum der sozialen Gerechtigkeit machen!

1. Mehr soziale Gerechtigkeit

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Europa weit mehr als nur Markt und Wettbewerb. Europa muss vor allem sein soziales Gesicht deutlich zeigen. Nicht Lohn- und Sozialdumping, sondern gute Arbeit, fairer Lohn, ein hoher Arbeitnehmerschutz und Chancengleichheit zählen zu den Grundprinzipien des sozialen Europas. Wir brauchen endlich wieder sozialdemokratische Mehrheiten in Europa, um erfolgreich für diese soziale Dimension kämpfen zu können. Nur so können wir auch verbindliche Mindestlöhne in Deutschland und Europa durchsetzen. Denn wir wollen angemessene Mindestlöhne und gute Arbeitsbedingungen überall in der EU verwirklichen. Schließlich ist Lohndumping keine zukunftsweisende Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Um unser Sozialsystem zukunftsfähig zu machen, brauchen wir also Mindestlöhne und allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Darüber hinaus wollen wir europaweit höchstmögliche Sozialstandards garantieren. Deshalb setzen wir uns für eine rechtsverbindliche Sozialklausel als Ergänzung zum Lissabonvertrag ein. Sie wäre dann auch für die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes bindend. Zum Raum der sozialen Gerechtigkeit gehört im Übrigen auch die Weiterentwicklung der europäischen Tarifautonomie: Das Recht der Tarifparteien, grenzüberschreitend Tarifverträge auszuhandeln, muss ebenso wie das Streikrecht von der EU gewährleistet werden.

Auch wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge fest im europäischen Binnenmarkt verankern. Vor allem Gesundheits- und Pflegedienstleistungen dürfen auch in Zukunft nicht dem freien Wettbewerb allein überlassen werden. Hierfür werden wir uns, wie schon bei der Dienstleistungsrichtlinie, einsetzen.

2. Die Europäische Union als Friedensmacht in der Welt

Aufgabe der Europäischen Union ist es auch, im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten gemäß der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken. Die Krisen im Irak, in Afghanistan, in Simbabwe sowie der ungelöste Konflikt im Nahen Osten zeigen deutlich, wie wichtig dabei ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept der EU ist. Vor allem ist es unabdingbar, dass die EU mit einer Stimme spricht und handelt. Leitbild dafür ist ein umfassender Sicherheitsbegriff, der nicht nur militärische Fähigkeiten, sondern alle verfügbaren diplomatischen Möglichkeiten genauso umfasst wie die Mittel der Entwicklungspolitik, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der fairen und gerechten Gestaltung des Welthandels, des nachhaltigen ökologischen und sozialen Fortschritts, der Ernährungssicherung und der aktiven Unterstützung guter Regierungsführung. Dieses umfassende Verständnis von Sicherheit, das mehrere Politikbereiche verbindet und koordiniert, muss ein Markenzeichen Europäischer Politik werden.

3. Mehr Klimaschutz und erneuerbare Energien

Die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel zeigen, dass dessen Einflüsse auf die Lebensqualität weltweit zu gravierenden Folgen führen, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen werden. Durch den starken Anstieg der Energiepreise und die daraus folgende hohe Belastung von Familien und sozial Schwachen ist der Energieverbrauch auch zu einer sozialen Frage geworden. Die EU muss darauf mit einer gemeinsamen nachhaltigen Energiepolitik reagieren, die Energieeinsparungen vorschreibt und die Energieeffizienz verbessert. Die EU soll die Förderung und Weiterentwicklung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz in das Zentrum ihrer Klimapolitik stellen. Atomenergie ist keine Lösung, sondern ein gravierender Teil des Problems. Unter anderem sollen Kraftstoffe, die aus Biomasse hergestellt werden, als eine zukunftsfähige Alternative zu fossilen Treibstoffen anerkannt werden. Gefördert werden sollen vor allem Biokraftstoffe der zweiten Generation, um Konkurrenz zur Lebensmittelerzeugung zu vermeiden. Daneben muss die Gewinnung von Energie aus Windkraft und Sonne massiv ausgebaut werden. Hier bieten sich auch Möglichkeiten der Kooperation mit Nachbarländern der EU, wie zum Beispiel mit den sonnenreichen Staaten des Maghreb.

4. Mehr Bildung

Die vorhandenen Förderinstrumente auf europäischer Ebene sollten weiter ausgebaut werden. Wir unterstützen ausdrücklich die frühe Einführung und die Förderung des Erlernens von Fremdsprachen bereits in der Grundschule. Die Kooperation bayerischer Hochschulen mit anderen europäischen Hochschulen muss weiter ausgebaut werden. Für die Verbesserung des Austausches müssen die Studierenden unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit ihres Elternhauses durch Förderprogramme in die Lage versetzt werden, einen Teil ihrer Studienzeit im europäischen Ausland absolvieren zu können. Bayerische Studiengebühren sind auf diesem Wege ein Rückschritt!

Neben den Studierenden müssen auch die Auszubildenden von Europa profitieren. Daher wollen wir den Ausbau grenzüberschreitender Ausbildungsprojekte stärker fördern, um Jugendlichen in der Schule und in der Ausbildung mehr Chancen auf dem benachbarten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

5. Für starke Kommunen in Europa

In den Ländern der EU gibt es unterschiedliche Modelle, wie die öffentliche Hand die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Dienstleistungen wie Energie, Mobilität (ÖPNV), Gesundheit, Bildung oder Kultur sicherstellt. In Deutschland übernehmen in erster Linie die Kommunen diese Aufgaben. Dies hat sich bewährt und entspricht unserem Staatsverständnis. Wir wollen die kommunalen Gestaltungsräume erhalten und ausbauen. Deshalb werden wir die Kommunen bei ihren Aufgaben durch einen neuen europäischen Rechtsrahmen unterstützen, der ihre Entscheidungsfreiheit vor Ort sicherstellt. So werden wir den Kommunen auch ermöglichen, Träger dieser Dienstleistungen zu bleiben. Denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen hohe Anforderungen an die Qualität, Verfügbarkeit und den Preis der öffentlichen Leistungen für die Menschen vor Ort. Diese Anforderungen werden in der Kommune am besten gewährleistet.

6. Bayerns Interessen in Europa

Europapolitik ist Landespolitik. Die SPD bleibt die bayerische Europapartei. Daher werden wir die europäischen Chancen für Bayern weiter nutzen und dessen Interessen selbstbewusst in Europa vertreten. Wir werden uns dafür einsetzen,

- dass der soziale und ökologische Ausbau in der EU in den Vordergrund gerückt wird,
- dass die Europäische Union ihren Beitrag zur Lösung der grenzüberschreitenden Verkehrsprobleme leistet,
- dass die beschlossenen und anstehenden Agrarreformen das Überleben kleinbäuerlicher Strukturen sichern,
- dass nationale Handlungsspielräume aufgezeigt und ermöglicht werden, damit eine multifunktionale Landwirtschaft mit der Produktion hochwertiger Nahrungsmittel sowie die Entwicklung des ländlichen Raumes gemäß regionaler Unterschiede und Besonderheiten garantiert werden können und
- dass die wirtschaftlichen Herausforderungen in den Grenzregionen zur Tschechischen Republik gemeistert werden können und gezielte Förderungen weiterhin möglich sind.

So beschlossen